



Wahlprogramm Kommunalwahl 2021



DIE LINKE.
Kreisverband Limburg-Weilburg

Inhalt

Soziale Wohnungspolitik.....	4
Umwelt und Nachhaltigkeit - sozial-ökologischer Umbau	5
Gute Bildung für alle.....	7
Gesundheitswesen in öffentliche Hand!.....	7
Klare Kante gegen Nazis und rechte Hetze.....	8
Migration und kulturelle Vielfalt.....	8
Demokratische Mitbestimmung.....	9
Kunst und Kultur.....	9
Wirtschaft muss den Menschen dienen!	10
Unsere Spitzenkandidaten für den Kreistag Limburg-Weilburg.....	11
Unsere Spitzenkandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Limburg	12
Unser Spitzenkandidat für die Stadtverordnetenversammlung Weilburg	12

Liebe kommunalpolitisch Interessierte,

haben Sie sich auch schon einmal gefragt, weshalb die Bundesregierung neun Milliarden Euro an die Lufthansa AG überweist, ohne dabei irgendwelche Auflagen zum Umweltschutz oder der Beschäftigungssicherung zu machen, sich aber weigert, arbeitslos gewordenen Menschen auch nur ein paar Euro extra zu überweisen, damit diese sich vorgeschriebene medizinische Masken kaufen können?

Hessen ist ein reiches Bundesland. Die Zahl der Einkommensmillionäre ist auf historischem Höchststand - alleine von 2014 (1.624) auf 2015 (1.842) ist sie um 13,4 % gewachsen. Gleichzeitig steigt die Armutsquote dramatisch - seit 2006 um mehr als ein Drittel! Das ist trauriger bundesdeutscher Rekord.

Auch im Landkreis Limburg-Weilburg brauchen wir dringend eine **starke soziale Opposition! Wir werden immer** Einspruch einlegen, wenn sich satte Bonzen schadlos halten und sich an denjenigen bereichern wollen, die diesen Reichtum geschaffen haben. **Wir bitten die Reichen zur Kasse!**

DIE LINKE. ist die einzige zu den Kommunalwahlen am 14. März 2021 antretende Partei, die keine Unternehmensspenden annimmt. **Wir sind wählbar, aber nicht käuflich!**

DIE LINKE. ist Bindeglied zwischen Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen, antifaschistischen Initiativen, Bürger:inneninitiativen und den Parlamenten.

DIE LINKE. steht für **kompromisslos soziale Politik**, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, nicht der Profit.

DIE LINKE. steht für den **sozial-ökologischen Umbau**, der die Klimakatastrophe als größte Bedrohung der Menschheit ernst nimmt und sofort angeht, ohne Rücksicht auf Profitinteressen.

DIE LINKE. steht für ein **Gesundheitswesen**, das Menschen gesund macht, anstatt Profite abwerfen zu müssen.

DIE LINKE. steht für eine Politik, die den **ländlichen Raum** infrastrukturell aufwertet, ihn **attraktiv und lebenswert gestaltet**.

Utopie? Nein, machbar. Zusammen können wir es schaffen!

Soziale Wohnungspolitik

DIE LINKE. setzt sich für einen deutlichen Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus ein. Unsere Kreistagsfraktion hat dazu in den vergangenen fünf Jahren immer wieder Anträge gestellt, die von CDU, SPD, GRÜNEN und AfD abgelehnt wurden. Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Kernaufgabe der Kommunalpolitik. Sie darf nicht "dem Markt" überlassen werden. Wohnungsgesellschaften in kommunaler Trägerschaft müssen gestärkt werden. Wo solche Gesellschaften privatisiert wurden, sind sie wieder zu verstaatlichen beziehungsweise neu zu gründen.

Die Mieten dieser kommunalen Wohnungen sind mit langfristiger Sozialpreisbindung anzubieten. Sie sollen kostendeckend sein, aber nicht profitabel.

Für die Erschließung neuer Wohngebiete und die Errichtung neuer Wohngebäude sind Sozialwohnungsbauquoten vorzugeben. Wir setzen uns für Auflagen zur Mischbebauung mit Sozialwohnungen, mittel- und höherwertigen Wohnungen ein, um die Entstehung sozialer Brennpunkte zu verhindern. Neue Wohngebiete sind sofort an den öffentlichen Nahverkehr anzuschließen und mit verkehrsberuhigten Fahrradstraßen zu erschließen.

Wir begrüßen Modernisierungen, die Umweltverträglichkeit und Lebensstandard der Mieter verbessern. Solche Modernisierungen dürfen aber nicht zur Verdrängung von Mietern mit geringem Einkommen führen. Dem steuern wir durch die konsequente Anwendung einer Mietpreisbremse und anderer Auflagen entgegen.

Die Höhe der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und Warmwasser für Empfänger von Sozialleistungen ist jährlich zu überprüfen und anzupassen. Sozialleistungsempfänger dürfen nicht gezwungen sein, Teile ihrer Wohnkosten durch Grundsicherung decken zu müssen, weil der Landkreis unrealistisch niedrige Kosten annimmt.

Wir fordern die Einrichtung von Leerstandskatastern, um in Erfahrung zu bringen, wo Gemeinden gegebenenfalls in Verhandlungen mit Eigentümern treten können. Leer stehender Wohnraum muss für Sozialwohnungen genutzt werden.

Während der Corona-Pandemie dürfen kommunale Träger keine Mietverträge kündigen. Räumungsklagen auch privater Vermieter dürfen während der Pandemie nicht durchgesetzt werden. Wir setzen uns für die Einrichtung von Schlichtungsstellen für Räumungsklagen ein, um nach der Pandemie Lösungen für in Schwierigkeiten geratene Mieter zu finden, statt sie in die Obdachlosigkeit zu drängen. Ebenso setzt sich DIE LINKE. dafür ein, dass Strom, Gas und Wasser bei Zahlungsverzug grundsätzlich nicht abgestellt werden dürfen seitens kommunaler Energieversorger. Hier müssen Kommunen und Landkreise in Vorleistung treten. Wohnen ist Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

Umwelt und Nachhaltigkeit - sozial-ökologischer Umbau

DIE LINKE. kämpft für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Fußgänger, Fahrradverkehr und öffentlicher Personennahverkehr sind in der Verkehrsplanung stets zu bevorzugen. Unser Ziel ist es, den Besitz eines eigenen Autos unnötig zu machen.

Wir setzen uns für öffentlichen Personennahverkehr mit deutlich dichterem Taktung und intelligenter Linienführung ein. Gute Nahverkehrsverbindungen darf es nicht nur in die Zentren des Landkreises geben, sondern müssen auch zwischen Dörfern im ländlichen Raum geschaffen werden. Der ÖPNV muss perspektivisch kostenlos werden. In einem ersten Schritt möchte DIE LINKE. ÖPNV gratis für sozial Bedürftige, Schüler:innen und Senior:innen anbieten. Wir legen besonderes Augenmerk auf Verbindungen in die Fläche, zur Stärkung des ländlichen Raums. Weniger nachgefragte Verbindungen sind gegebenenfalls mit kleineren elektrobetriebenen Fahrzeugen anzubieten. An Bahnhöfen und Busbahnhöfen setzen wir uns für die Schaffung von Park-&-Ride-Plätzen ein.

Die Förderung des Fahrradverkehrs ist uns ein besonderes Bedürfnis. Wir fordern Tempo 30 flächendeckend in allen Städten und Gemeinden des Landkreises, zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern, zur Senkung des Lärmpegels sowie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. DIE LINKE. setzt sich für den dringenden Ausbau des Fahrradwegenetzes ein. Fahrradwege sind räumlich getrennt vom Autoverkehr einzurichten und farblich deutlich und durchgängig zu markieren. Der Belag ist auf die Bedürfnisse von Radfahrern zu optimieren.

Wo immer kein Platz für räumlich getrennte Radwege ist, fordern wir die Einrichtung von Fahrradstraßen, auf denen Radfahrern Autofahrern gleichgestellt sind, nicht überholt werden dürfen und nebeneinander fahren dürfen. Diese Fahrradstraßen sind durch deutlich sichtbare Piktogramme zu kennzeichnen. In Wohngebieten dürfen sie nur von Anwohnern mit Autos befahren werden. An Kreuzungen sind Bordsteinkanten abzusenken. An allen Ampelkreuzungen wollen wir konfliktfreie Vorrangschaltungen für Radfahrer einrichten. Über Land möchten wir Fahrradschnellstraßen bauen, die nur für Fahrräder freigegeben sind.

Fahrradparkmöglichkeiten sind deutlich auszubauen, insbesondere an Bahnhöfen, Busbahnhöfen, Schulen und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung. Offensichtlich funktionsunfähige Räder sind regelmäßig zu entfernen. Zudem treten wir für die Schaffung von Ladestationen für E-Bikes ein. Mit präventiven Maßnahmen wollen wir Fahrraddiebstählen entgegen wirken.

In Limburg, Weilburg, Bad Camberg, Hadamar und Runkel fordern wir die Schaffung von Radverleihen in kommunaler Trägerschaft. Damit möchten wir Bürger:innen die Möglichkeit geben, kostengünstig und spontan E-Lastenräder, E-Bikes und mechanische Fahrräder auszuprobieren und in den Mobilitätsalltag zu integrieren. Für sozial Bedürftige, Schüler:innen und Senior:innen sollen diese Angebote von Anfang an kostenlos nutzbar sein.

Zur dringend notwendigen Förderung des Radverkehrs gehört für uns auch die Ernennung kommunaler Radverkehrsbeauftragter, die zusammen mit Experten des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs e.V. sowie des Verkehrsclubs Deutschland e.V. zukunftsweisende Lösungen erarbeitet, die den Landkreis Limburg-Weilburg zum fahrradfreundlichsten Kreis Deutschlands machen.

DIE LINKE. setzt sich auch für politisch anzustoßende mediale Aufklärungskampagnen ein, die Autofahrer über die Bedürfnisse von Radfahrern informieren und zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung mahnen. Das Überholen von Radfahrern mit unzureichendem Sicherheitsabstand und das Parken auf Radstreifen und -wegen sind keine Kavaliersdelikte. Wir fordern eine deutlich höhere Kontrolldichte, um Verkehrssünder zu belangen.

Zur sozial-ökologischen Verkehrswende gehört natürlich auch die Verbannung des Schwerlastverkehrs aus unseren Innenstädten. In Limburg und Weilburg treten wir dafür ein, Lieferdepots als Anlaufpunkte für Lieferanten und Paketdienste einzurichten. Von diesen Depots aus werden Geschäfte und Privatpersonen dann per Elektromobilen und Lastenrädern beliefert.

Unser Ziel sind autofreie Innenstädte, die sauber, ruhig und lebenswert sind. Sobald Limburg und Weilburg gute Bedingungen für Radfahrer bieten und der ÖPNV zur im Alltag praktikablen Alternative zum Automobil geworden ist, möchten wir Bürger:innen mit einer Prämie dazu bewegen, ihr Auto ersatzlos zu verkaufen. Dann setzen wir uns auch für eine schrittweise Erhöhung der Parkgebühren und den Rückbau von Parkflächen ein. Studien zeigen: Fußgänger und Radfahrer geben zwar pro Einkauf weniger aus als Autofahrer, frequentieren lokale Geschäfte aber signifikant häufiger und sorgen damit unter dem Strich für höhere Umsätze im lokalen Einzelhandel. Von autofreien Innenstädten profitieren alle - abgesehen nur von großen Konzernen.

Zu einem nachhaltig wirtschaftenden Landkreis gehört für uns auch die dringend notwendige Mischwaldaufforstung. Wir wollen unsere Wälder gegen die Klimakatastrophe wappnen und als gesunde Naherholungsgebiete erhalten. Entlang der Kreisstraßen möchten wir Streuobstwiesen anbauen, um die Biodiversität zu fördern.

Im Landkreis sowie in allen Kommunen unseres Landkreises fordern wir, den Klimanotstand festzustellen und alles politische Handeln daran zu orientieren. Der Treibhausgas-Ausstoß muss möglichst schnell auf null reduziert werden. Sämtliche lokale Energieversorger sind dazu zu verpflichten, Strom ausschließlich aus erneuerbaren Quellen zu generieren und Gas nur als Biogas aus nachhaltigen Quellen. In Kantinen öffentlicher Einrichtungen sind jederzeit vegetarische und vegane Gerichte anzubieten.

Gute Bildung für alle

Gute Bildung ist die elementare Grundlage für ein solidarisches, demokratisch verfasstes Gemeinwesen. Die Grundsteine dafür werden schon in jüngsten Jahren gelegt. Deshalb kämpfen wir für kleine Kitagruppen mit guten pädagogischen Konzepten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kitaplätze auch für Kinder unter drei Jahren ganztägig gebührenfrei sind.

Wir wollen echte Ganztagschulen, die an fünf Tagen pro Woche Unterricht und echte Betreuung sicherstellen. Wir werden alle Kapazitäten sinnvoller pädagogischer Betreuung ausbauen. Nicht nur an Grundschulen, auch an weiterführenden Schulen. Wir unterstützen insbesondere sämtliche schulischen Anträge auf konzeptionelle Neuausrichtung hin zu Gesamtschulen. DIE LINKE. setzt sich für die Verkleinerung von Klassen ein, bei territorialer Entzerrung der Schulen, um wohnortnahe Schulplätze garantieren zu können.

Gute Bildung wird von guten Lehrern vermittelt. Wir möchten die Lehrerschaft durch besseren IT-Support und mehr Verwaltungsarbeitsplätzen in den Schulen entlasten, damit Pädagogen sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren können. Mittels geeignetem Fachpersonal möchten wir Integrations- und Inklusionskompetenzen ausbauen.

Während der Corona-Pandemie setzt sich DIE LINKE. dafür ein, die technische Ausrüstung für den Distanzunterricht für Geringverdiener sicherzustellen. Dazu gehören für uns Laptops, Headsets und Drucker. Auch die laufenden Kosten für schnelle Internet-Verbindung, Druckertinte und Papier dürfen Geringverdienern nicht aufgebürdet werden.

Gesundheitswesen in öffentliche Hand!

Die Corona-Pandemie hat uns deutlich gezeigt, dass Gesundheit und Profitstreben im Widerspruch zueinander stehen. DIE LINKE. fordert seit jeher, das Gesundheitswesen in die öffentliche Hand zu legen. Wir setzen uns dafür ein, sämtliche privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wieder in kommunale Einrichtungen umzuwandeln. Ein profitorientiertes Gesundheitswesen können wir uns nicht leisten!

Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung der ländlichen allgemeinmedizinischen Versorgung. Der Zugang zu regelmäßiger gesundheitlicher Versorgung und Vorsorge darf weder vom Wohnort noch vom Geldbeutel abhängen. Um dem Praxissterben auf dem Land entgegenzuwirken, fordern wir, Hausarztpraxen in kommunale Trägerschaft zu übernehmen, oder sie an kommunale Krankenhäuser anzugliedern.

Allgemeinmedizinische Ausbildung möchten wir mit einem Landarzt-Stipendium zielgerichtet fördern. Stipendiaten müssen sich verpflichten, wenigstens 15 Jahre lang eine landärztliche Praxis zu führen. Wir fordern die Absenkung des nötigen Abiturschnitts auf 1,3. Bei neuen medizinischen Einrichtungen muss die Erreichbarkeit per ÖPNV sichergestellt sein.

Die Geburtsstation des Limburger Krankenhauses möchten wir dezentralisieren. In diesem Zuge möchten wir in den Krankenhäusern St. Anna in Hadamar und im Kreiskrankenhaus Weilburg wieder Geburtsstationen einrichten, um dem “Kaiserschnitt-Syndrom” entgegenzuwirken.

Klare Kante gegen Nazis und rechte Hetze

DIE LINKE. steht in der Tradition der Arbeiterbewegung und ist eine antifaschistische Partei. Wir stellen uns rechter Hetze immer und überall entgegen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wir schließen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD und anderen faschistischen Parteien kategorisch aus. Unsere Abgeordneten werden in den Parlamenten für eine breite Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen gegen die AfD und andere faschistische Parteien wirken, sie werden deren Anträgen nicht zustimmen und mit ihnen keine Listenverbindungen oder dergleichen eingehen.

Wir setzen uns für die Umbenennung von Straßen ein, die nach Faschisten, Nazis oder deren Mitläufern benannt wurden. Weil männliche Namen im Straßenbild deutlich häufiger sind als weibliche, sprechen wir uns für Straßennamen in Erinnerung an lokale Antifaschistinnen aus. Zudem kämpft DIE LINKE. für den Abriss sämtlicher verbliebener Nazidenkmäler im Kreis Limburg-Weilburg. Das würdige Gedenken an alle Opfer des Faschismus ist uns ein ganz besonderes Herzensanliegen. Wir setzen uns deshalb für finanziell gut ausgestattete Gedenkstätten ein. DIE LINKE. ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: **“Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.”**

Migration und kulturelle Vielfalt

Limburg-Weilburger:in ist, wer Limburg-Weilburger:in sein möchte. Wer im Kreis Limburg-Weilburg wohnt, muss vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft sein. Unabhängig von Geburtsort, Muttersprache oder Hautfarbe.

Viele Mitglieder der LINKEN haben selbst Migrationserfahrung gesammelt. Wir verstehen die Bedürfnisse von Migrant:innen gut und setzen uns gemeinsam mit ihnen für sie ein, weil wir verstanden haben, dass Vielfalt keine Bedrohung darstellt, sondern unser Zusammenleben bereichert.

DIE LINKE. fordert individuelle Integrationsmaßnahmen für Migrant:innen. Wir wissen, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Integration kann nur dann klappen, wenn sich die aufnehmende Gesellschaft offen zeigt und Neubürger:innen die Hand gibt. Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zu einem erfolgreichen Neustart in Deutschland. Deshalb setzen wir uns für kostenlose Deutschkurse bis hin zum Niveau C2 des Europäischen Referenzrahmens für alle hier lebenden Migrant:innen ein.

Integration funktioniert, wenn Neubürger:innen regelmäßig mit länger hier lebenden Menschen in Kontakt kommen. Dazu müssen Geflüchtete dezentral untergebracht werden. Dabei ist auf gute Anschlüsse zum ÖPNV zu achten.

DIE LINKE. möchte, dass sich der Landkreis Limburg-Weilburg sowie alle seine Kommunen zu Sicheren Häfen für Geflüchtete erklären.

In Deutschland, in Hessen, in unserem Landkreis sind Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein wieder wachsendes Problem. Wir fordern politisch geförderte mediale Aufklärungskampagnen, um Bürger:innen für diese Probleme zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, sich Diskriminierung, Vorurteilen und rechter Hetze laut in den Weg zu stellen.

Demokratische Mitbestimmung

Demokratische Teilhabe darf nicht darauf beschränkt sein, alle vier bis fünf Jahre ein paar Kreuzchen zu setzen. DIE LINKE. tritt für ein erweitertes Petitionsrecht ein, das Bürger:innen die Möglichkeit gibt, sich mit ihren Anliegen direkt an kommunale Parlamente zu wenden. Politische Entscheidungsprozesse müssen zudem transparenter werden. Kommunale Parlamente müssen ihre Finanzkontrollaufgaben konsequent wahrnehmen. Wir lehnen das Outsourcing kommunaler Verwaltung strikt ab.

Damit Mütter und Väter kommunalpolitisch aktiv werden können, fordern wir die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete.

Wer hier lebt, muss demokratisch mitbestimmen dürfen! Viele Menschen in unserem Kreis genießen weder aktives noch passives Wahlrecht, weil sie weder deutsche Staatsbürger noch Unionsbürger sind. DIE LINKE. kämpft dafür, allen in Deutschland lebenden Menschen aktives und passives Wahlrecht einzuräumen.

Wir verurteilen gesetzeswidrige Verkleinerungen kommunaler Parlamente unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung entschieden.

Kunst und Kultur

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Kunst und Kultur halten wir als Humanisten für essentiell für eine solidarische, demokratisch verfasste Gesellschaft. DIE LINKE. tritt dafür ein, Räume zu schaffen für freie Kunst- und Kulturschaffende. In Zeiten der Corona-Pandemie ist das besonders wichtig. Wir lassen Künstler:innen nicht im Regen stehen! Ein Herzensanliegen ist uns die Förderung von Jugend- und Subkulturen. Wir möchten in einer vielfältigen, bunten und solidarischen Gesellschaft leben, in der jeder ihre/seine Stimme hat und ihren/seinen Platz findet.

In Limburg und Weilburg setzen wir uns für regelmäßige städtische Ausstellungen insbesondere junger Künstler:innen ein.

Wirtschaft muss den Menschen dienen!

Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern hat der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse zu dienen. Ein Grundsatz, der übrigens in Artikel 38 der hessischen Landesverfassung verankert ist. Im Kapitalismus dreht sich alles um den Profit. Menschliche Bedürfnisse zählen nichts, geraten ständig unter die Räder. Auf kommunalpolitischer Ebene können wir daran nichts ändern. Mit kleinen Verbesserungen können wir allerdings in Richtung einer humanen Zukunft deuten.

Im Zentrum unserer kommunalen Wirtschaftspolitik stehen deshalb Arbeitslose, Niedriglohnempfänger:innen, Arbeiter und Angestellte, lokale Kleingewerbetreibende, Genossenschaften, solidarische Zusammenschlüsse und Ökolandwirte. Ganz wichtig: Die kommunale Auftragsvergabepolitik muss an strikte soziale und tarifliche Mindeststandards gebunden sein. Unternehmen, die keine Tariflöhne bezahlen, dürfen keine öffentliche Aufträge bekommen!

Wir möchten unsere Innenstädte beleben, sie zu attraktiven Treffpunkten und Aufenthaltsorten für alle Menschen machen. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung eines gewerblichen Leerstandskatasters, um leerstehenden Gewerbeimmobilien gezielt neues Leben einhauchen zu können. Zudem soll der Landkreis Limburg-Weilburg sich auf Bundesebene dafür stark machen, eine Sondersteuer auf Online-Handel zu erheben, um die unentgeltliche Inanspruchnahme lokaler Infrastruktur seitens Amazon & Co. auszugleichen.

Die Corona-Pandemie hat vielen Menschen, vor allem Niedriglöhnern, irregulär Beschäftigten und Selbstständigen, finanziell das Genick gebrochen. DIE LINKE. setzt sich im Kreistag dafür ein, dringend notwendige neue Stellen bei der Insolvenz- und Schuldnerberatung der GAB mbH in Limburg zu schaffen, damit die unzumutbaren Wartezeiten für Schuldner:innen deutlich reduziert werden können.

Der Zugang zu schnellem Internet ist heute unabdingbar für soziale, kulturelle, politische und ökonomische Teilhabe. Deshalb möchten wir den Glasfaser- und 5G-Ausbau voranbringen, insbesondere im ländlichen Raum.

Dass immer mehr Menschen auf Lebensmittelpenden der Tafeln angewiesen sind, ist ein Skandal und schreiendes Armutszeugnis für die herrschende Politik. Auf kommunaler Ebene setzt sich DIE LINKE. für die finanzielle Förderung des Lädchens in Limburg und der Tafel Weilburg ein, beispielsweise durch die Übernahme der Kosten für Tafelausweise durch die Gemeinden.

Limburg und Weilburg möchten wir zu Fair-Trade-Städten machen, die den Prinzipien des fairen Handels verpflichtet sind.

Unsere Spitzenkandidaten für den Kreistag Limburg-Weilburg



André Pabst (Weilburg)

57, Technikinformatiker

Mitglied des Kreisvorstands.

Schwerpunkte: Reorganisation des öffentlichen Nahverkehrs und sozialen Wohnungsbaus, Nachhaltigkeit und Energiewende

Torsten Wiederhold (Elz)

45, Farbzusteller

Schwerpunkte: Natur- und Umweltschutz, demokratische Mitbestimmung und Antifaschismus



Bernd T. Steioff (Villmar)

64, Schulleiter

Kreistagsfraktionsvorsitzender.

Schwerpunkte: gleiche Bildungschancen, Ausstattung der Schulen, Schaffung echter Ganztagschulen, soziale Gerechtigkeit

Carola Möhlheinrich (Limburg)

50, Bürokauffrau

Schwerpunkte: Familienpolitik, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Integration und Inklusion



Unsere Spitzenkandidaten für die Stadtverordnetenversammlung Limburg



Valentin Zill (Eschhofen)

34, Tourismuskaufmann

Mitglied des Kreisvorstands.
Schwerpunkte: sozial-ökologische
Verkehrswende mit kostenlosem ÖPNV
und deutlicher Förderung des
Fahrradverkehrs, Antirassismus

Hasan Budak (Kernstadt)

54, Gießereimechaniker

Schwerpunkte: soziale Gerechtigkeit,
Armutsbekämpfung, Gewerkschaften und
Arbeitnehmerrechte



Münevver Altinisik (Lindenholzhausen)

41, Hausfrau

Schwerpunkte: Integration und Inklusion,
Antifaschismus, Gleichberechtigung

Unser Spitzenkandidat für die Stadtverordnetenversammlung Weilburg



André Pabst (Weilburg)

57, Technikinformatiker

Mitglied des Kreisvorstands.
Schwerpunkte: innerstädtischer Verkehr,
Struktur Innenstadt, Stärkung ländlicher
Räume, Nachhaltigkeit und Energiewende

DIE LINKE. Limburg-Weilburg

c/o André Pabst
Langgasse 34
35781 Weilburg

kontakt@die-linke-limburg-weilburg.de
www.die-linke-limuburg-weilburg.de

V.i.S.d.P. André Pabst, Wahlkampfleiter
Fotos: DIE LINKE. Limburg-Weilburg